

Zusammenfassung der Antworten des Bürgermeisterkandidaten und der Parteien

BÜRGERINITIATIVE

FÜNF Fragen zur Kommunalwahl 2026

an den Kandidaten zum Amt der Bürgermeisters und die Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Hemmingen

Seit über 40 Jahren setzt sich unsere Bürgerinitiative in Hemmingen für die Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der Mobilitätspolitik ein und wirbt für eine die natürlichen Ressourcen schonende Umsetzung beschlossener Maßnahmen.

Im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahl in Niedersachsen im September 2026 erlauben wir uns, Ihnen einige Fragen zu verkehrspolitischen Themen vorzulegen, die uns am Herzen liegen. Durch ihre Antworten, die wir mit der Öffentlichkeit teilen würden, erhoffen wir, eine Präzisierung ihrer diesbezüglichen Ziele für die nächste Legislaturperiode zu erhalten.

BÜRGERINITIATIVE

1. B3neu - Verkehrslärm beschränken

Es gibt weiterhin eine deutliche Beschwerdelage über den durch die B3neu entstandenen neuen Verkehrslärm. Insbesondere im Außenbereich ist die Aufenthaltsqualität oft deutlich gemindert. Der Abschnitt ab dem Kreuz Devese in Richtung Norden ist besonders betroffen. Bekanntermaßen ist eine Reduktion und Verstetigung der Geschwindigkeit von Fahrzeugen eine schnell umsetzbare und preisgünstige Möglichkeit der Reduktion von Verkehrslärm.

Im Rahmen der Diskussionen um den Bau der B3neu hatte der Rat der Stadt Hemmingen gefordert, die Geschwindigkeit auf der neuen Straße auf 70 km/h zu beschränken (Datum und Beschlusstext anbei).

<u>Wir fragen:</u>	ANTWORTEN				
Stehen Sie bzw. ihre Partei weiterhin zu den Inhalten des seinerzeitigen Beschlusses? Falls ja, sehen Sie Möglichkeiten aus der Kommunalpolitik heraus, dem Ziel des Beschlusses näher zu kommen? Zum Beispiel durch - Anregung eines	Bürgermeisterkandidat Er steht zu dem Beschluss Tempo 70 km/h auf der B3 neu. Die Kommune habe aber nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. Bei einer Geschwindigkeitsreduktion müssen Lärmschutz, Verkehrssicherheit und	Die GRÜNEN Sie „stehen zu diesem Beschluss“ und werden sich weiter für ein Tempolimit 70 km/h als wirksame und finanzierbare Maßnahme zum Lärmschutz einsetzen. Die Erfahrung zeige, „dass es oft	Die DUH Die DUH würde „eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 70 km/h u. A. im Bereich Devese / Arnum begrüßen“, meint aber nicht, dass es aktuell „realistisch umsetzbar“ sei. Freiwillige	CDU Die CDU hat 2016 den Antrag auf Tempo 70 gestellt und mit beschlossen. Sie könne heute „aufgrund der veränderten Situation aber selbstverständlich zu einer anderen Bewertung kommen“. Die CDU	Die Linke Der Beschluss des Rates von 2016 für Tempo 70 wird unterstützt. Die Forderung sollte gegenüber Land und Region weiter vertreten werden.

Modellprojekts zu Geschwindigkeitsreduktion und Grüner Welle - Anregung einer Kampagne „Freiwillig 70 – weil ich es kann!“ - Anzeigetafeln über die gefahrene Geschwindigkeit bzw. gelegentliche Geschwindigkeitskontrollen.	die Funktion der Bundesstraße gegeneinander abgewogen werden. Dabei spiele die Leichtigkeit und Leistungsfähigkeit des Verkehrs eine Rolle. Nach langen Bemühungen sei es gelungen, die B3 neu für den landwirtschaftlichen Verkehr freizugeben. Einem möglichen Modellprojekt der zuständigen Straßenverkehrsbehörde würde er sich nicht verschließen. Eine kommunale Kampagne „Freiwillig 70“ hielte er dagegen nicht für das wirksamste Instrument. Anzeigetafeln seien grundsätzlich ein sinnvolles Instrument, vorrangig aber an Gefahrenstellen einzusetzen. Geschwindigkeitskontrollen fänden bereits statt.	mehrerer Anläufe bedarf, um Erfolg zu haben“. Nach der Novellierung der Straßenverkehrsordnung gelte das auch für die Anregung eines Modellversuchs. Eine Kampagne „Freiwillig 70 – weil ich es kann“ wird als eine Art „Modellversuch in klein“ begrüßt, bei dem erfahrbar würde, dass Tempo 70 mit der Verstetigung des Verkehrs wenig Zeitverlust bedeute und zur Verkehrssicherheit beitrage. Die Einhaltung des Tempolimits müsste kontrolliert werden.	...Kampagnen hätten nur einen begrenzten Nutzen, weil insbesondere z. B. Motorradfahrer und Raser nachts solche Regelungen komplett ignorieren würden. Eine „Lärmüberprüfung“ durch ein aktuelles schalltechnisches Gutachten wird für ein Tempolimit für sinnvoll gehalten. Auch der Lärmaktionsplan der Stadt könne das Thema weiter voranbringen, entscheiden muss aber die Straßenbaubehörde.	unterstütze es gerne, wenn sich die Stadt für Tempo 70 bei den zuständigen Behörden einsetzt. Die Erfolgsaussichten werden als „sehr gering“ eingeschätzt. Die CDU glaubt nicht, dass eine Kampagne „Freiwillig 70 – weil ich es kann!“ (...) das Fahrverhalten verändern wird. Geschwindigkeitskontrollen hält sie grundsätzlich für sinnvoll.	

BÜRGERINITIATIVE

2. Verkehrswende und Energiewende gemeinsam denken

Aufgrund der Initiative engagierter betroffener Bürger kam es in Hemmingen zu ernsthaften Planungen durch eine an der B3neu zu installierende große Photovoltaikanlage einen wichtigen Teilaspekt einer Verkehrswende (Reduktion der Belastungen durch Verkehrslärm) mit der Energiewende zu verknüpfen. Vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wird dieses innovative Projekt zumindest zur Zeit nicht weiter verfolgt.

Wir fragen:	ANTWORTEN				
Befürworten Sie dieses Großprojekt? Falls ja, sind Sie dafür, dass möglichst alle von der B3neu - Verkehrslärmproblematik betroffenen Hemminger davon durch eine Höhenanpassung der Dämme profitieren?	Bürgermeisterkandidat Er habe das Projekt von Anfang an unterstützt. Es habe sich aber aktuell als wirtschaftlich nicht tragfähig erwiesen. Die zusätzliche Anbringung von PV Elementen auf zu diesem Zweck nachträglich erhöhten oder erweiterten Wällen hält er technisch und wirtschaftlich für noch viel schwieriger umsetzbar. „Solche Lösungen hätten sinnvollerweise bei Planung und Bau der B3neu berücksichtigt werden müssen“.	Die GRÜNEN Sie unterstützen dieses innovative Projekt ausdrücklich. Wenn eine Höhenanpassung der Dämme funktional und mit verlässlichen Rahmenbedingungen für Fotovoltaik wirtschaftlich möglich sei, sollte dies im Rahmen eines erweiterten Lärmschutzes umgesetzt werden, denn man wisse, dass die Lärmbelastungen an der Strecke groß sind.	DUH Sie habe dieses tolle Bürger-Engagement immer mit großem Interesse verfolgt! Die Einstellung des Projektes wird bedauert, sei aber wirtschaftlich nachvollziehbar. Auf die Frage zur Höhenanpassung der Dämme wird nicht eingegangen.	CDU Sie unterstützt Photovoltaik grundsätzlich. Die Wirkung von in diesem Zusammenhang zu erhöhenden Dämmen sei kein „Allheilmittel“. Die Abstände zur Bebauung seien sehr unterschiedlich. Man sei für PV und auch für Lärmschutz - „aber beides muss technisch funktionieren, einen erkennbaren Nutzen haben und wirtschaftlich vertretbar sein“.	Die Linke Das Projekt wird befürwortet. Es sei aber unsicher, ob eine PV Anlage an der Straße zu einer Lärmreduktion führen würde. Hierfür seien Büsche und Bäume eher geeignet. Auf die Frage nach der Erhöhung der Dämme im Zuge der Installation der PV Anlage wird nicht eingegangen.

BÜRGERINITIATIVE

3. ÖPNV für die Verkehrswende nutzen

Die Stadtbahnlinie 13 hat den ÖPNV für uns Hemminger deutlich verbessert. Aufgrund der Kapazitätsanfragen sollte es für die Bewohner aller Hemminger Stadtteile in aller Regel möglich sein, dieses tolle Angebot auch ohne Pkw zu nutzen.

<u>Wir fragen:</u>	ANTWORTEN				
Welche Möglichkeiten sehen Sie aus der Kommunalpolitik heraus, die Erreichbarkeit der Stadtbahnlinie zu verbessern – für Hemmingen vorzugsweise ohne PKW? Zum Beispiel durch - Ausweitung des Sprinti auf Hemmingen - Förderung der Fahrrad- bzw. Fahrrad-E-Mobilität in Hemmingen - eine platzsparende Ausweitung der Pendlerparkplätze, z. B. durch übereinander liegender Parkflächen.	Bürgermeisterkandidat Die Stadtbahn „ist ein großer Gewinn“. Er fordere von der Region eine bessere Anbindung für die Bewohner der Ortsteile z.B. ein On-Demand-Angebot wie den Sprinti. Die Fahrradinfrastruktur sollte weiter gestärkt werden, unter anderem durch bessere Beleuchtung außerorts. Das Auto gehöre zu einem realistischen Mobilitätsmix, deshalb sei der Ausbau der Park-and-Ride Kapazitäten erforderlich. Dabei sollte man „offen für platzsparende Lösungen sein. Einzelne Verkehrsmittel sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.	Die GRÜNEN Die Stadtbahn ist „ein Erfolgsmodell“. Der Fokus solle auf einer guten Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, dem Rad und zu Fuß liegen. Zusätzlich werden Angebote zum Car- und Bikesharing sowie Ladestationen und Schließflächen gefordert. Der Sprinti kann als flexibles Angebot für die Ortsteile die Attraktivität der Stadtbahn steigern. Für die geplante Erweiterung der P+R Anlage wurde eine flächensparende „Parkpalette“ (Aufstockung um eine Parkebene) vorgeschlagen.	DUH „Die Stadtbahn nach Arnum sollte so schnell wie möglich gebaut werden“. Trotz der unsicheren Finanzierung durch Subventionen der Region Hannover wäre eine Anbindung der Endhaltestelle mittels Sprinti „mehr als interessant“. Der Fahrradverkehr wird „durchaus schon gut gefördert, interessanter sehen wir Modellprojekte für autonome Kleinbusse“. Ein Parkhaus sei schwierig finanzierbar.	CDU Die Stadtbahn ist „zweifelloso eine deutliche Verbesserung“. Sprinti, sichere Fußwege und eine gute Fahrradinfrastruktur sind sinnvolle Angebote. Ein gutes Zubringer-Angebot für die kleineren Ortsteile „kann einen echten Unterschied machen“. Pendlerparkplätze könnten sinnvoll sein, sie seien „jedoch kein Selbstzweck. Entscheidend sei hier das Angebot des ÖPNV und der Infrastruktur“.	Die Linke Für die bessere Erreichbarkeit der Stadtbahn wird eine Ringbuslinie mit festen und planbaren Abfahrtszeiten dem Sprinti vorgezogen. Die geplante Erweiterung der Parkplätze werde als wichtiger Schritt begrüßt, um die Nutzung der Stadtbahnlinie zu erhöhen und den Autoverkehr zumindest teilweise zu reduzieren.

BÜRGERINITIATIVE

4. Baumwende in der Infrastrukturpolitik

In Hemmingen werden zu viele große ökologisch wertvolle Bäume gefällt.

Dies steht häufig in Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur (Linden – Hiddestorfer Straße; Robinien – B3alt).

<u>Wir fragen:</u>	ANTWORTEN				
Stimmen Sie der Forderung zu, dass bei Sanierungsmaßnahmen grundsätzlich um gesunde Bäume herum geplant wird, anstatt sie zu fällen? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, das Verhältnis zwischen gefällten zu nachzupflanzenden jungen Bäumen ökologisch angemessen zu erhöhen, möglicherweise bis zu einem Verhältnis von 1 zu 20-50 ?	Bürgermeisterkandidat „Gesunde und ökologisch wertvolle Bäume sollen grundsätzlich erhalten werden“. Daraus folge aber kein „absolutes Fällverbot bei Infrastrukturprojekten“. Unterschiedliche Interessen müssten abgewogen werden. Nach notwendigen einzelnen Fällungen müsse „ein angemessener ökologischer Ausgleich“ geschaffen werden. Ein „pauschales Verhältnis von einem gefällten Baum zu 20 (...) Neupflanzungen“ sei nicht sinnvoll und nicht realistisch, da es schwierig sei, geeignete Flächen zu finden. Teilweise angewandte Kompensationen von 1:3 halte er für angemessen. Anstatt „eine hohe Zahl kleiner Ersatzbäume“ zu	Die GRÜNEN Bäumen und Grünflächen kommen „eine überragende Bedeutung für das Stadtklima und den Artenschutz zu“. Es gelte der Grundsatz: „Erhalt vor Fällung“. Man müsse nicht gegen, sondern mit Bestandsbäumen planen. Sie kritisieren die geplante Fällung von vitalen Robinen in Arnum in Verantwortung der Stadt. Sie fordern eine kommunale Baumschutzsatzung und eine Baumförderrichtlinie für Privatgärten. Der ökologisch angemessene Ersatz von 20 bis 50 für einen gefällten Baum ist in Hemmingen nicht umsetzbar, zeige aber die Wichtigkeit des Erhalts gesunder Bäume durch	DUH Die DUH geht davon aus, dass „grundsätzlich“ alle Baumbesitzer und Beteiligte in Hemmingen „möglichst immer die Bäume erhalten möchten“. Entscheidungen von Fachleuten für eine Fällung nach „Prüfung jedes einzelnen Baumes“ müsse man dies auch mal akzeptieren. „Selbstverständlich sollte man gern noch mehr junge Bäume nachpflanzen.“ Dafür gingen in Hemmingen aber die Flächen aus. Eine Baumschutzsatzung mit starren Regeln sei „eher kontraproduktiv“. Es gilt das Bundesnaturschutzgesetz.	CDU Der CDU sind Bäume und Grün wichtig. Für den Erhalt gebe es aber bei Sanierungsmaßnahmen technische Grenzen. Man müsse verantwortungsvoll mit unserem Grün, aber auch verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen. „Einen pauschalen Ersatz bei Bäumen“ hält die CDU für „nicht sinnvoll“. Man pflanze „auch ohne Quote gerne neue Bäume“.	Die Linke „Wenn möglich, sollte um gesunde Bäume herum geplant werden“. Wenn „ungeeignete Bäume“ gepflanzt worden seien, könne dies deshalb aber unmöglich werden. Dann müsse man in diesem Bereich aber wieder geeignete Bäume – die es gibt – pflanzen. Um Bäume zu erhalten, sei eine Baumschutzsatzung notwendig.

	pflanzen, könne es sinnvoller sein, eine „strategische Aufforstungsfläche“ für Hemmingen zu erwerben.	eine Baumschutzsatzung. Zur Sicherung von Flächen sei ein Flächenpool für Nachpflanzungen unter Einsatz von Haushaltsmitteln zu bilden.			
<u>FRAGE FÜNF FOLGT</u>					

BÜRGERINITIATIVE

5. Naherholung im Grünen erhalten und verbessern Trotz der Nähe zur Landeshauptstadt liegt Hemmingen im Grünen. Viele von uns haben die Möglichkeit fußläufig (Kultur)-Landschaft zu erreichen. In der Nutzung dieser Landschaft überschneiden sich recht unterschiedliche Nutzungsprofile (Landwirtschaft, Fahrradfahrer, Wanderer und Spaziergänger), die nicht immer konfliktfrei sind.

<u>Wir fragen:</u>	ANTWORTEN				
Welche Möglichkeiten sehen sie aus der Kommunalpolitik heraus, - den gegenseitigen respektvollen und Rücksicht nehmenden Umgang der Nutzergruppen untereinander zu fördern - einseitige Eingriffe in Nutzungsprofile zu verringern (z.B. durch „angemessene“ Wirtschaftswege ohne übermäßigen Verlust der „Wanderqualität“) und - „naturbelassene“ Areale (z.B. Waldwanderwege ohne (!) Attraktivität fürs Fahrrad) zu vergrößern.	Bürgermeisterkandidat „Die unmittelbare Nähe von Stadt und Landschaft ist eine der großen Stärken Hemmingens“. Landwirtschaftliche Wirtschaftswege seien zunächst Arbeitswege für die Landwirte, würden aber gleichzeitig auch von anderen Nutzern intensiv genutzt. Die daraus entstehenden zwangsläufigen gelegentlichen Konflikte versuche man durch Werbung für gegenseitige Rücksichtnahme statt Verboten oder Regeln abzumildern. Alle Interessen müssen wir in Einklang bringen – nicht gegeneinander ausspielen.	Die GRÜNEN Sie „stehen für eine enge Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz“. Durch die Automatisierung in der Landwirtschaft steige der Erschließungsaufwand, dieser sei möglichst gering zu halten. Die Wege sollten von Blühstreifen und Feldgehölzen begleitet werden. Losgelöst von den Wirtschaftswegen sei es wichtig, ein Wegesystem für die Naherholung vorzuhalten, wie z. B. den Landwirtschaftspfad. Die Idee der „Einrichtung eines Naturparks Calenberger Land“ durch die Region wird unterstützt.	DUH Die DUH sieht „keinen übermäßigen Verlust der Wanderqualität“. Als allgemeines Problem werden „E-Bikes als zunehmendes Thema in Punkt überhöhter Geschwindigkeit und Rücksichtnahme auch gerade gegenüber Fußgängern“ gesehen. Allgemein bedarf es stärkerer Kontrollen für E-Scooter, in Schulbereichen insbesondere bzgl. Helmpflicht und gefährlicher Fahrweise.	CDU Die CDU will Hemmingen im Grünen erhalten. Rücksichtnahme zwischen Landwirtschaft, Radverkehr und Fußgängern müsse für alle gelten und dürfe keine Einbahnstraße sein. Ziel sei Respekt auf allen Seiten. Sie unterstütze sichere und gut nutzbare Radwege. Einen Grund jeden Wirtschafts-, Wald- oder Feldweg zu asphaltierten oder auszubauen, um die Attraktivität für „schnelles Radfahren“ zu erhöhen, sieht die CDU nicht. „Nicht jeder Weg muss für jede Nutzung optimiert werden“. Sie will mehr Naherholung, lehnt aber „mehr Versiegelung unter dem Etikett der Naherholung“ ab.	Die Linke Von der „gegenseitigen Rücksichtnahme“ im Sinn der Straßenverkehrsordnung sei vielfach wenig zu beobachten. Schwächstes Glied dabei seien die Fußgänger. „Die Aufbringung von Piktogrammen auf den Wirtschaftswegen sollte regelmäßig wiederholt werden“, um die anderen Nutzer auf die Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Verkehrs aufmerksam zu machen.